

100-Tage-Bilanz Ministerpräsident Bouffier

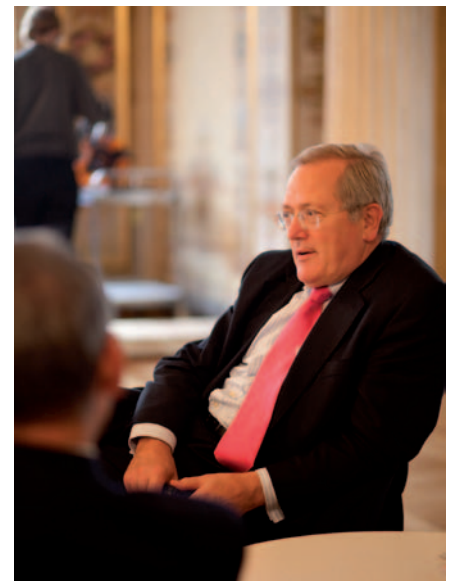
Christean Wagner: „Christlich-liberale Landesregierung unter Ministerpräsident Volker Bouffier macht Hessen zukunftsfit und generationengerecht“ – „Opposition fällt nur durch Skandalisierungen und Dagegen-Politik auf“

Der Fraktionsvorsitzende der CDU im Hessischen Landtag, Dr. Christean Wagner, hat eine positive Bilanz der ersten 100 Tage der CDU-FDP-Landesregierung unter Ministerpräsident Volker Bouffier gezogen. „100 Tage Ministerpräsident Volker Bouffier waren gut für die Menschen in Hessen. CDU und FDP arbeiten weiter vertrauensvoll zusammen und stehen für eine stabile und fortschrittliche Regierungsarbeit. In Zeiten der Krise haben wir einen Schwerpunkt auf die Sicherung der bestehenden und die Schaffung neuer Arbeitsplätze gelegt. Gleichzeitig haben wir durch die Einführung der Schuldenbremse in Hessen einen Paradigmenwechsel in der Haushaltspolitik eingeleitet. Die christlich-liberale Landesregierung unter Ministerpräsident Volker Bouffier macht Hessen zukunftsfit und generationengerecht“, sagte Wagner. Die Arbeit der CDU-FDP-Landesregierung sei geprägt von Verlässlichkeit, Mut und Verantwortungsbewusstsein. Der derzeit stattfindende wirtschaftliche Aufschwung und der niedrigste Stand an Arbeitslosigkeit seit 18 Jahren in Hessen bestätigten den von CDU und FDP eingeschlagenen Kurs.

Sehr kritisch setzte sich der CDU-Fraktionsvorsitzende mit der Arbeit der Opposition auseinander. „Die SPD ist die Partei von gestern, mit den Konzepten aus der Vergangenheit. Als Antwort auf ihre unverantwortliche

Ausgabensucht fallen den Sozialdemokraten immer nur Steuererhöhungen, wie die Einführung eines Wassercents oder die Einführung einer Vermögenssteuer ein. Die SPD hat keine Antworten auf die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft und liefert sich mit der Linkspartei einen populistischen Wettlauf. Ihre Themenarmut versuchen die Sozialdemokraten durch inhaltsleere Skandalisierungen zu überdecken. Wem nichts besseres einfällt, als die Mitglieder einer erfolgreichen Landesregierung als „Skandalminister“, „Klientelpolitiker“ oder „Frühstücksdirektor“ zu diffamieren, der diskreditiert sich selbst und schadet dem Ansehen von Politik“, so Wagner. Dem durch Ministerpräsident Bouffier eingeführten neuen Stil im Hessischen Landtag werde dieses Veralten der SPD-Fraktion in keiner Weise gerecht.

Deutlich fiel die Kritik des CDU-Fraktionsvorsitzenden auch über die Grünen aus. „Mit der grünen Dagegen-Partei ist kein Staat zu machen. Erneut haben die Grünen ihre Verantwortungslosigkeit durch den Koalitionsbruch in Hamburg am vergangenen Sonntag unter Beweis gestellt. Sie sind gegen wichtige Infrastrukturprojekte, wie den Ausbau der Flughäfen Frankfurt und Kassel-Calden und den Weiterbau von A 44 und A49, gegen einen realistischen Energiemix aus Kernenergie, Kohle und erneuer-



baren Energien sowie gegen die Olympischen Spiele 2018 in München. Inzwischen macht die einstige „Pro-Schiene-Partei“, sogar Stimmung gegen wichtige Bahnprojekte wie Stuttgart 21. Die Grünen sehen ständig Risiken, aber niemals Chancen. Als Modernisierungsverweigerer und Angstmacherpartei haben sie das Dagegen zum Politik-Prinzip erhoben“, sagte Wagner. Außerdem schürten sie Veränderungsängste bei den Bürgern. Mut zu tragfähigen Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft oder gar tragfähige Konzepte fehlten bei den Grünen hingegen.

Demokratie lebe vom Wettbewerb der Ideen, doch dieser Aufgabe werde Rot-Grün nicht gerecht. Die christlich-

Fortsetzung auf Seite 2

100-Tage-Bilanz Ministerpräsident Bouffier

Fortsetzung von Seite 1

liberale Koalition habe hingegen eine Vorstellung davon, wie Zukunft gestaltet werden könne. Der CDU-Fraktionsvorsitzende verwies in diesem Zusammenhang auf die in den Krisen-jahren durch die Landesregierung getätigten Investitionen in Milliardenhöhe für Schulen, Krankenhäuser, Straßenbau und die kommunale Infrastruktur. Das Ergebnis könne sich heute sehen lassen. „Das Wirtschaftswachstum wird in 2010 fast vier Prozent besser sein als im Vorjahr. Die antizyklische Investitionspolitik der Landesregierung ist damit voll aufgegangen“, stellte Wagner fest.

„Es waren CDU und FDP, die die Opposition zur Einführung der Schuldenbremse regelrecht drängen mussten. Unter der Federführung von Minister-

präsident Volker Bouffier ist es dann zu einer Einigung aller demokratischen Fraktionen im Hessischen Landtag gekommen. Seinem Verhandlungsgeschick ist es zu verdanken, dass vor allem die SPD der Schuldenbremse jetzt zustimme“, so Wagner.

Der Hessische Ministerpräsident stehe auch für eine gerechtere Ausgestaltung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen. So betreffe die Schuldenbremse ausdrücklich nur den Haushalt des Landes und habe auch keine unmittelbaren Auswirkungen auf den kommunalen Finanzausgleich. „Auch beim Schuldenabbau unterstützt die Landesregierung von Ministerpräsident Bouffier die hessischen Kommunen. Durch die schnelle Zuweisung zusätzlicher Steuereinnahmen erhalten die hessi-

schen Kreise, Städte und Gemeinden vorzeitig 300 Millionen Euro mehr aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Darüber hinaus leistet die christlich-liberale Koalition in Hessen mit dem ‚Kommunalen Schutzschirm‘ von bis zu drei Milliarden Euro einen wichtigen Beitrag zur Sanierung der Haushalte finanzschwacher Kommunen“, so Wagner.

„Wir haben in Hessen eine erfolgreiche Landesregierung, die mit Dynamik und Freude weiter ihre Aufgaben anpackt. Die Regierungsfaktionen arbeiten vertrauensvoll zusammen. Wir werden in den kommenden Monaten den Koalitionsvertrag weiter Punkt für Punkt umsetzen. Ministerpräsident Bouffier baut zudem Brücken über die Parteigrenzen hinaus und hat dabei das Wohl der Menschen in Hessen im Blick“, so Wagner.

100 Tage Regierung Bouffier – MUT ZUR VERANTWORTUNG

Schuldenbremse ist generationengerecht und macht Hessen zukunftsfit

- mit dem von Ministerpräsident Volker Bouffier einvernehmlich und überparteilich erreichten Kompromiss zur Aufnahme der Schuldenbremse in die Hessische Verfassung wird der Weg für eine nachhaltige Finanzpolitik geebnet.

Konjunkturprogramm unterstützt Wirtschaftswachstum in Hessen

- der antizyklischen Investitionspolitik des Landes folgt stärkstes Wirtschaftswachstum und geringste Arbeitslosenzahlen seit fast 20 Jahren
- von mehr als 5.300 Projekten mit einem Investitionsvolumen von 2,6 Mrd. aus Bund und Land profitieren Schule, Hochschulen, die kommunale und die Verkehrs-Infrastruktur.

Land Hessen stabilisiert kommunale Entwicklung

- mit der vorzeitigen Zuweisung der zusätzlichen Steuereinnahmen in Höhe von 300 Mio. Euro werden die Kommunen an dem wirtschaftlichen Aufschwung sofort beteiligt.
- die Sanierung der Haushalte finanzschwacher und verschuldeter Kommunen mit einem sog. „kommunalen Schutzschirm“ wird das Land Hessen mit 3 Mrd. Euro unterstützen.

Bürgergesellschaft wird in Hessen aktiviert

- Mit der Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ wird das Ehrenamt noch stärker gefördert. Die Rahmenbedingungen für private Initiativen zur Förderung des Gemeinsinns werden deutlich verbessert, und damit die Hilfe zur Selbsthilfe. Die Landesstiftung wird dabei auf das Wissen und die Kreativität bereits vorhandener Ehrenamtsstrukturen aufbauen.

Arbeitsmarktzahlen im November 2010 Walter Arnold: „Der Job- und Wirtschaftsaufschwung setzt sich fort“ – „Christlich-liberale Koalitionen haben gute Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt geschaffen“

„Der Job- und Wirtschaftsaufschwung setzt sich fort“, stellte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Dr. Walter Arnold, angesichts der heute veröffentlichten Arbeitsmarktdaten für November fest. „Die christlich-liberalen Koalitionen in Berlin und Wiesbaden haben die richtigen Entscheidungen getroffen und durch eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik gute Rahmenbedingungen geschaffen. In Hessen suchten im November weniger als 185.000 Menschen nach Arbeit, das ist ein Rückgang zum Vorjahreszeitraum um 6,6 Prozent. Die Arbeitslosenquote in unserem Bundesland liegt bei 5,9 Prozent. Diese Zahlen beweisen: Die erfolgreiche Wirtschaftspolitik unterstützt Unternehmen und Betriebe und eröffnet so Arbeitssuchenden, Arbeitnehmern und ihren Familien mehr Spielräume und bessere Zukunftsperspektiven“, so Arnold.



„Klare Ziele, zukunftsweisende Entscheidungen – das ist die Grundlage für diesen Erfolg. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz des Bundes hat Bürger und Unternehmen um 8,5 Milliarden Euro entlastet. Die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes bis Ende 2012 hat es den Firmen ermöglicht, Fachkräfte zu halten, bis sich die Auf-

tragslage wieder bessert. Zudem haben das Konjunkturpaket des Bundes sowie das 1,7 Milliarden Euro umfassende Sonderinvestitionsprogramm des Landes eine Vielzahl von zusätzlichen Bauprojekten bei Schulen, Straßen und Hochschulen ermöglicht, die für weitere Wachstumsimpulse sorgen“, so Arnold.



CDU EINE PARTEI
EIN NETZWERK



WEIHNACHTS- UND NEUJAHRSKARTEN:

Im Druck- und Werbemittelshop haben wir für Sie verschiedene Weihnachtskarten gestaltet, die Sie an Ihre Mitglieder oder Ihre Wähler versenden können. Sie haben die Möglichkeit, auf Termine wie Weihnachtsmärkte etc. in Ihrem Wahlkreis hinzuweisen, zu Ihrem Neujahrsempfang einzuladen oder einfach ein paar persönliche Zeilen zu schreiben.

Weitere Informationen erhalten Sie unter
www.wahlkampfshop.de oder telefonisch unter **06123 - 79 51 95**.

Schülerbeförderung

Claudia Ravensburg: „Schülerbeförderungskosten werden in das Bildungs- und Teilhabepaket aufgenommen“ – „SPD und Grüne müssen Blockadehaltung gegen Bildungs- und Teilhabepaket aufgeben“

„Die Schülerbeförderungskosten ab der zehnten Klasse werden in das geplante Bildungs- und Teilhabepaket aufgenommen. Damit hat der hessische Sozialminister Stefan Grüttner einen großen Erfolg in Berlin erzielt“, stellte die Bildungs- und Sozialpolitikerin, Claudia Ravensburg, nach einer Anhörung zu einem Gesetzentwurf der SPD für ein Ausbildungsförderungsgesetz fest.



Das Bundesverfassungsgericht habe in seinem Urteil zu den Hartz-IV-Regelsätzen klar festgestellt, dass Ausgaben für Bildung in den Regelsätzen enthalten sein müssten. Hessen hatte einen entsprechenden Antrag auf Übernahme der Schulbeförderungskosten im Zuge der Neuregelung der Hartz-IV-Regelsätze im Bundesrat gestellt. Nachdem der Antrag eine Mehrheit in der Länderkammer erhalten hatte, stimmte nun auch die Bundesregierung zu. Die Änderungen sollen morgen im Bundestag beschlossen werden. Jetzt hänge die Zustimmung im Bundesrat zum Bildungs- und Teilhabepaket nur noch von der SPD und den Grünen ab.

„Natürlich wäre es wünschenswert, wenn wir in Hessen die Bildungskosten für jedes Kind übernehmen könnten. Aber die SPD muss auch sagen, wo das

Geld herkommen soll, um für alle BAföG-berechtigten Schüler die Kosten für Schulmaterialien und Beförderung zu übernehmen. Angesichts der schwierigen Situation der öffentlichen Haushalte setzen wir die richtigen Schwerpunkte in der Sozialpolitik“, stellte die Bildungs- und Sozialpolitikerin zum Gesetzentwurf der SPD fest. So komme das 740 Millionen Euro schwere Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung zielgerecht direkt den Kindern zugute. Ravensburg äußerte großes Unverständnis darüber, dass SPD und Grüne das Bildungs- und Teilhabepaket im Bundesrat blockierten. „SPD und Grüne müssen endlich ihre Blockadehaltung im Bundesrat aufgeben, damit wir Millionen von Kindern schnellstmöglich mehr Bildung und Teilhabe ermöglichen können“, forderte die CDU-Politikerin.

Herzlich willkommen im Wahlkampfteam der CDU Hessen!

Liebe Freunde,
die Kommunalwahl in Hessen steht unmittelbar vor der Tür. Es wird ein intensiver Wahlkampf werden. Im Focus steht hierbei die Zeit vom 10. Januar bis zum 27. März 2011. In dieser „heißen Phase“ werden die Weichen für eine stabile Zukunft in Hessens Kommunen gestellt. Für diese Zeit können wir, **das Wahlkampfteam der hessischen CDU**, noch dringend tatkräftige Unterstützung in Wiesbaden und vor Ort gebrauchen.

Die Aufgabe:

Betreuung der zahlreichen Veranstaltungen verschiedenster Art.

Es würde uns freuen, wenn wir noch weitere ehrenamtliche Mitglieder aus ganz Deutschland in unserem engagierten und motivierten Team begrüßen dürfen.

Kontakt:

Matthias Hofmeister, Tel. 0611-1665 541, E-Mail: mhofmeister@cduhessen.de



Aktuelle Termine:

Kommunalwahlkonferenz „Kommunen sind auch weiblich“

u.a. mit Staatssekretärin Petra Müller-Klepper, Jutta Nothacker (Erste Kreisbeigeordnete), Generalsekretär Peter Beuth, MdL und Stadträtin Prof. Dr. Danila Birkenfeld.

**Samstag, 4. Dezember 2010
9.00 Uhr bis 15.00 Uhr**

**Kulturzentrum Buseck
Am Schloßpark 2
35418 Buseck**

Infos und Anmeldung unter
fu@cduhessen.de